

► **S2** **Unsere Zukunft gestalten** Der Managerkreis Vorstand war zu Gast bei Bundespräsident Steinmeier

► **S3** **Turbulenzen und Aufwind** Luft-hansa ist gut gerüstet für die Zukunft.

► **S4** **Eliten und Vertrauenskrise** Das Misstrauen gegenüber Journalisten und Politiker wächst besorgniserregend.



► **S6** **„Frankreich braucht Deutschland, Deutschland braucht Frankreich!“** Die europäische Industriepolitik muss von Deutschland und Frankreich gestaltet werden.

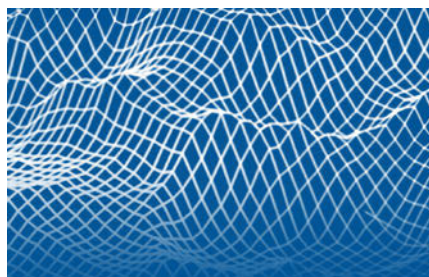


► **S8** **Frankfurt als Zentrum der Metropolregion** OB Feldmann setzt auf eine starke regionale Vernetzung.

► **S9** **Niedersachsen hat gewählt.** SPD wurde stärkste Kraft, doch Rot-Grün verfehlte die Mehrheit.

► **S10** **Start-Up-Szene: Baden-Württemberg ist nicht Berlin** Technische Innovationen stehen im Mittelpunkt.

► **S11** **Digital Health – Gesundheit neu denken** E-Health-Start-Ups haben es in Deutschland noch schwer.



► **S13** **„Wir sind schon dort, wo andere noch hinwollen.“** Die Sparkassen sind nach wie vor sehr gut aufgestellt.

► **S14** **Das Auto kommt auf Knopfdruck** Die Mobilität von morgen muss klimaschonend, bezahlbar und gut verfügbar sein.

► **S16** **Bremen auf dem Weg zur Smart City** Die Hansestadt soll intelligenter, effizienter und lebenswerter werden.



► **S17** **Der mühsame Weg aus den Schulden** MV hat konsequent den Haushalt konsolidiert.

► **S18** **Frauenarbeitsplätze in Gefahr?** Immer mehr Deutsche kaufen online ein – zu Lasten des Einzelhandels.

► **S18** **Gemeinwohl-Ökonomie in der Praxis** Wenn Werte anstatt Profit im Vordergrund stehen.

► **S19** **Bremerhaven – die Brücke nach Übersee** Die Stadt will das Wohnen näher ans Wasser bringen.

► **S21** **„Grundsätzlich gute Zeiten für Berlin“** Die Dynamik Berlins bringt enorme Herausforderungen mit sich.

► **S22** **Universitäten und Gesellschaft im Dialog** Gute Forschung allein reicht nicht – auf den Transfer kommt es an.



► **S23** **Finanzbranche und Bitcoin** Die Banken stehen vor einem nie dagewesenen Umbruch.

► **S24** **Digitale Wachstumspotenziale im Industrieviertel** Nachwuchskräfte aus NRW tauschten neue Ideen und Visionen aus.

► **S25** **Publikationen**

► **S27** **Terminvorschau**

Unsere Zukunft gestalten

Am 26. Oktober 2017 traf sich der Vorstand des Managerkreises mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Schloss Bellevue zu einem ausführlichen Gedankenaustausch.

Managerkreis Vorstand

Der Bundespräsident nahm in seiner Begrüßungsrede Bezug auf seine am Tag zuvor beendete Russlandreise. Er sieht die politischen und diplomatischen Beziehungen in einer derzeit sehr schwierigen Konstellation, darüber dürften auch die noch immer recht guten Wirtschaftsbeziehungen – soweit die Sanktionen dies erlauben – nicht hinwegtäuschen. Andererseits sind die kontinuierlichen wirtschaftlichen Verbindungen eine Chance, um auch auf anderen Gebieten auf Verbesserungen hinzuarbeiten.

Mit Bezug auf Deutschland interessierten den Bundespräsidenten die Erfahrungen und Meinungen des Managerkreises zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und – damit eng verknüpft – den verschiedenen Aspekten einer guten schulischen und beruflichen Bildung ganz generell. Ein weiteres großes Feld, das seiner Meinung nach dringend einer umfassenden gesellschaftlichen Debatte bedarf, ist die Digitalisierung und deren Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Annette Fugmann-Heesing, Sprecherin des Managerkreises Berlin- Brandenburg, betonte, dass für den Managerkreis die Themen Russland und Europa einen sehr hohen Stellenwert haben. Zum Thema Integration von Flüchtlingen und Migrant_innen in den Arbeitsmarkt hat der Managerkreis im letzten Jahr intensiv gearbeitet und publiziert. Der Bundespräsident fragte zu den konkreten Erfahrungen in den Unternehmen nach. Dabei wurde deutlich, dass auch die Integration der zweiten und dritten Generation der ersten Migrationswellen heute oftmals als gescheitert gesehen wird. Wenn ganze Familien nach 30 Jahren in Deutschland immer noch nicht die deutsche Sprache beherrschen, sich nur in abgeschotteten Kulturnischen bewegen, dann ist dies das „ideologische Futter“ für die politische Rechte.

Auch beim Thema Digitalisierung hat der Managerkreis Inputs durch Publikationen und Veranstaltungen gegeben. Diskutiert wurde beispielsweise über die digitale Zukunft des Mittel-

► v.l.n.r.: Sahl, Gerster, Fugmann-Heesing, Halsch, Geißler, Eggloff, Rohmann, Kuhlmann, Steinmeier, von Randow, Rossbrey, Herdt, Mönikes, Meinardus, Gäde-Butzlaff, Parthie, Prätorius, Moosbauer



stands, die Umverteilung in Zeiten von Automatisierung und Digitalisierung oder die Arbeitswelt 4.0. Immer wieder wurde die Notwendigkeit einer grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Debatte über die Folgen der Digitalisierung und darüber, wie wir uns unsere Zukunft im „Digitalen Kapitalismus“ vorstellen, eingefordert. Hier könnte der Bundespräsident wichtige Impulse geben.

Die letzte Runde der Diskussion drehte sich um das Thema „Zukunft der repräsentativen Demokratie“, um unser Staatsverständnis in Deutschland, die einerseits hohe Erwartungshaltung der Bürger_innen und gleichzeitig zunehmende Demo-

kratieverdrossenheit, weil „die da oben“ den Kontakt zu den Menschen verloren hätten. Diese aktuellen Tendenzen spielen den populistischen Parteien in die Hände. Das Wiedererstarken von autoritären, die offene Demokratie untergrabenden politischen Kräften, wie sie bereits bei einigen europäischen Nachbarn an der Regierungsmacht sind, sahen alle Teilnehmer_innen als eine höchst besorgniserregende Entwicklung. Wir brauchen eine breite gesellschaftspolitische Auseinandersetzung darüber, wie wir unsere Zukunft gestalten können und wollen und wie wir den Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfest machen können.

Turbulenzen und Aufwind

Am 16. November 2017 war der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Lufthansa AG Carsten Spohr zu Gast beim Steering Komitee des Managerkreises. In einem Hintergrundgespräch erläuterte er die Herausforderungen und Chancen für die Luftfahrt als Wachstums- und Jobmotor.

Managerkreis Steering Komitee

Gleich zu Beginn verdeutlichte Spohr die Dynamik der Branche: Die Luftverkehrswirtschaft steckt global in einem Strukturwandel. Besonders nationale „Flagschiffe“ müssen sich in Bündnissen konsolidieren. Allein in Europa gibt es über 250 Airlines – einige sind nicht überlebensfähig. Im Wettbewerb mit den Billigfluggesellschaften auf der einen und konkurrierenden Premium-Airlines auf der anderen Seite müsse die Lufthansa strategisch gut aufgestellt sein, so der Lufthansa-Chef. Wichtig sei es, Investitionen zu tätigen und zu wachsen. Spohr legte dar, wie er mit Zukäufen und Modernisierungsprogrammen die Lufthansa langfristig konkurrenzfähig machen will. Zum einen gelte es, die wachsende Billigtochter Eurowings zu stärken und zu einem der Hauptakteure in dem Segment zu machen. Im Premium-Segment komme es darauf an, die Kund_innen emotional an die Lufthansa zu binden und den Fluggast gleichsam als König zu sehen. Das alles sei nur möglich über massive Investitionen.

Die Übernahme von Personal und Flugzeugen von Air Berlin sowie die groß angelegte Flottenmodernisierung bedeuten mehrere Milliarden Investitionen in den kommenden Jahren. Für Spohr zählt die Lufthansa zu den Gewinnern der Globalisierung, was sich auch positiv für die Verbraucher_innen auswirkt. Damit das Unternehmen nachhaltig Erfolg hat, gelte es, so Spohr, stets die Balance zwischen Kund_innen, Aktionär_innen und Beschäftigten im Blick zu haben. Für ihn stehe das nachhaltige Wirtschaften im Vordergrund.

In der anschließenden Diskussion ging es unter anderem um die zukünftige Rolle Berlins im Luftverkehr. Spohr stellte fest, dass die Lufthansa den künftigen Hauptstadtflughafen BER nicht als Drehkreuz nutzen werde. Mit Frankfurt und München habe Deutschland bereits zwei Drehkreuze. Ein drittes werde nicht gebraucht.

► Carsten Spohr





Eliten und Vertrauenskrise

Der Journalist und Medienrechtsanwalt Thomas Becker diskutierte mit Thüringens Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee über den zunehmenden Vertrauensverlust der Deutschen in Medien, Politik, Justiz und Wirtschaft und den dort agierenden Eliten.

Managerkreis Brüssel

Becker zeichnete auf der Veranstaltung des Managerkreises in Brüssel am 11. Oktober 2017 ein besorgniserregendes Bild über das Versagen der Führungseliten.

„Lügenpresse“, „korrupte Wirtschaft“, „abgehobene Politiker“ oder ein ungerechter Staat, der Falschparker härter bestraft als Steuerbetrüger – all das findet sich unter dem Stichwort „Kampf dem Establishment“. Im Verbund mit der Digitalisierung und der damit einhergehenden Anonymität einerseits und dem einfachen Online-Zugang andererseits nehmen Quantität, Qualität und Sichtbarkeit der Beschimpfungen von Politiker_innen und das Bedrohungsverhalten gegenüber allen, die den Staat repräsentieren, bedenkliche Ausmaße an, so Becker.

Die digitalen Foren sind dabei nicht notwendigerweise ursächlich, die dort geäußerte Unzufriedenheit besteht unabhängig von ihnen. Doch die ungefilterte Verbreitung der jeweiligen Inhalte und die schiere Reichweite der digitalen Medien haben

den gesellschaftlichen Diskurs in den letzten Jahren massiv verändert. In der Vergangenheit stellten Radio, TV oder Tageszeitung die Hauptinformationsquellen dar, die den Wahrheitsgehalt der von ihnen weitergegebenen Informationen prüfen und auf eine ausgewogene Darstellung der Sachverhalte achten. Heute hingegen kursieren in den sozialen Medien zusätzlich zu den Fakten Meinungen, Ansichten und subjektive Wahrnehmungen, was es für Nutzer_innen schwermacht, Wahrheit und Fiktion voneinander zu trennen. Die traditionellen Medien mit ihrem „bad news are good news“-Mantra, haben sicher selbst ihren Teil dazu beigetragen, den Nimbus der Objektivität zu verlieren. Um gegenüber Twitter und Facebook konkurrenzfähig zu bleiben, müssen auch sie heute vor allem schnell sein und Quote machen. Damit werden sie fehleranfällig und angreifbar.

Die Idee der „constructive news“, also eben eine Berichterstattung jenseits von Katastrophen und Problemen, mit Fokus

beispielsweise auf eine gut funktionierende Fabrik oder ein innovatives Projekt, verdient stärkere Beachtung und könnte ein interessanter Lösungsansatz sein, um Vertrauen wieder zurückzugewinnen.

Doch nicht nur die Medien haben mit dem Phänomen des Vertrauensverlustes zu kämpfen. Auch in der Politik ist dies schon seit Jahren ein großes Problem. Der thüringische Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee teilte den Eindruck, dass immer weniger Menschen der Politik vertrauen. So habe der aktuelle Bundestagswahlkampf gezeigt, dass die SPD zwar die richtigen Themen anspreche, die Menschen ihr aber nicht (mehr) glauben, dass sie in der Lage ist, die richtigen Lösungen zu finden bzw. umzusetzen. Dieser Verlust an Glaubwürdigkeit ist ein großes Problem, auf das es bisher keine guten Antworten gibt.

Tiefensee entwickelte dazu einige konkrete Ideen. Es ginge darum, den Menschen wieder mehr Möglichkeiten zur Beteiligung zu geben und mehr Gelegenheiten, bei denen ihnen die Politik zuhören kann. Davon ausgehend müsse die Politik selbst gemäß dem Motto des Alt-Bundespräsidenten Johannes Rau „Sage, was du tust und tue, was du sagst“ von bloßen Ankündigungen zur realen Umsetzung kommen. In der Realität des Bundestages ließen Koalitionsverträge und Fraktionszwang dem einzelnen Abgeordneten jedoch wenig Spielraum

dazu. Er verwies auf die hohe Qualität der Bundestagsdebatten in den Fällen, bei denen es um Namensentscheidungen ginge. Gäbe es alleine davon mehr, könnten Abgeordnete ihren Bürger_innen vor Ort wesentlich konkreter darstellen, wofür sie politisch kämpfen. Begrenze man Koalitionsverträge auf einige zentrale Eckpunkte, für die der regierungsstützende Fraktionszwang notwendig würde, alle anderen Fragen aber freie Gewissensentscheidungen blieben, könnten die Parteien wesentlich besser ihrem grundgesetzlichen Auftrag der Beteiligung an der politischen Willensbildung, nachkommen.

In der weiteren Debatte wurde von den Teilnehmenden eine kulturelle Teilung Deutschlands in Stadt und Land, aber auch in Globalisierungsgewinner und -verlierer konstatiert. Diese Spaltung führt zu gänzlich unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten. Das gegenseitige Unverständnis wird noch verstärkt durch den Mangel an gesellschaftlichen Mechanismen oder Strukturen, die es ermöglichen, die Lebensrealität der jeweils anderen Hälfte erfahrbar zu machen. Das oftmals bemühte „Abholen“ oder „Mitnehmen“ ist ein Scheinkonzept, das bei den Angesprochenen offenbar nicht auf Interesse trifft. Wolfgang Tiefensee entwickelte das Bild vom „zutruenden Staat“, der die Menschen in die Lage versetzt, aus ihren Möglichkeiten jeweils das Beste machen zu können, statt als „versorgender“ oder „bevormundender“ Staat zu agieren.

► Parthie, Becker, Tiefensee





„Frankreich braucht Deutschland, Deutschland braucht Frankreich!“

Die engen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sind nicht zuletzt auf die vielseitige Wirtschaftskooperation zurückzuführen. Neben dem Austausch von Waren und Dienstleistungen hat sich mittlerweile eine Vielzahl bi- und multinationaler Großkonzerne etabliert. Sie sind ein wichtiger Motor für Innovation und Wirtschaftswachstum.

Managerkreis Rhein-Main

Auf einer Veranstaltung des Managerkreises Rhein-Main am 19. Oktober 2017 im Bistro Casino im Industriepark Höchst beleuchteten Matthias Suermondt, Sanofi VP Government Affairs und Public Affairs, sowie Martina Werner, SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament und dort Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, Chancen und Risiken der Wirtschaftszusammenarbeit beider Länder. Moderiert wurde der Abend von Walter Hoffmann, Mitglied im Vorstand des Managerkreises Rhein-Main.

Florian Gerster, Sprecher des Managerkreises Rhein-Main, eröffnete die Veranstaltung mit einem historischen Überblick über die Industriepolitik in Deutschland. Diese galt seit der Zeit Ludwig Erhards als Bundeswirtschaftsminister als verpönt, der Staat solle mit Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbe-

werb sorgen, sich aber ansonsten raushalten. Ganz anders im Nachbarland Frankreich, wo die Regierung traditionell gestaltend eingreift und dem laut Gerster nun auch heute eine Schlüsselrolle als Vermittler in der Europäischen Union zukomme. Beide Länder stünden nun vor der Aufgabe, gemeinsam die EU zu erneuern. Ein Grund, weshalb das Thema der französisch-deutschen Industriepolitik im Managerkreis aufgegriffen werde.

Martina Werner stellte die Relevanz des Themas Industriepolitik heraus. Der Industrieanteil in Europa muss erhöht werden, dabei fehlt es der Europäischen Kommission jedoch an einer klaren Strategie mit Blick auf die Zukunft und insbesondere in Hinblick auf den Konkurrenten China. „Wir brauchen eine europäische industriepolitische Strategie!“, forderte die Ab-



► Suermond, Hoffmann, Werner

geordnete aus Nordhessen. Ein wichtiger Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktor in ihrem Wahlkreis sind mittelständische Unternehmen wie Henschel, Bode, SMA Railway und andere im Bereich des Eisenbahnbaus. Da gerade auch dieses Industrie-segment von Konkurrenten aus Asien unter einem immensen Wettbewerbsdruck steht, hat das Europäische Parlament im Jahr 2016 einem von ihr initiierten Entschließungsantrag zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Eisenbahnzulieferindustrie zugestimmt.

Matthias Suermond erläuterte, dass die europäische Industriepolitik maßgeblich von Deutschland und Frankreich gestaltet werden müsse. Um Europa im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu machen, müssen laut Suermond drei Bausteine erfüllt sein: Zunächst sei es unerlässlich, dass ein innovationsfreundliches Klima in beiden Ländern herrsche. Hier sieht er die Aufgabe insbesondere bei den Franzosen, die im Vergleich zu Deutschland mit Platz 4 im weltweiten Vergleich des Innovationsindex nur im Mittelfeld lägen. Damit einhergehend müsse in Bildung investiert werden, denn dies sei, so Suermond, essenziell, um überhaupt innovativ sein zu können. In der pharmazeutischen Industrie fließen zwar 10–15 Prozent des Umsatzes in die Forschung und Entwicklung. Es fehle in Deutschland jedoch vor allem Fachpersonal wie Chemiker_innen oder qualifizierte Labormitarbeiter_innen.

Abschließend nannte er die Digitalisierung, bei dem Deutschland „enormes Aufholpotenzial“ habe. Besonders auffällig sei dies hinsichtlich der Breitbandverfügbarkeit, wo das Land im Vergleich zu anderen Staaten im unteren Drittel läge.

Als „big points“ bezeichnete Martina Werner die von Mat-

thias Suermond erläuterten drei Zukunftsbereiche. Deutschland liege im Glasfaserausbau sehr weit hinten. Der Ausbau sei nicht nur für die großen Industrieunternehmen wichtig, sondern auch für klein- und mittelständische Unternehmen in den eher ländlichen Regionen. Dort führe der im Vergleich zu den Ballungszentren schlechtere Ausbau zunehmend zum Verlust von Wettbewerbsfähigkeit. Der unzureichende Breitbandausbau in ländlichen Regionen bedeute zudem für die Bürger_innen vor Ort eine Einschränkung ihrer Lebensqualität durch einen verminderten Zugang zu kulturellen und politischen Partizipationsmöglichkeiten, was wiederum für die Unternehmen ein Nachteil im Standortwettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter_innen bedeute. Für die Schaffung eines europäischen digitalen Binnenmarktes setzt sie auf die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich.

Für Suermond war der Zusammenschluss von Sanofi mit Aventis ein großer Erfolg – auch wenn die Bedenken anfangs sehr groß gewesen seien und es auch Reibungsverluste gegeben hätte. Der Standort Höchst habe durch Investitionen dabei stark profitiert. Deutsche Unternehmen seien häufig weitaus weniger zentralistisch organisiert, als die französischen Kollegen bzw. Konkurrenten. Dies hänge jedoch nicht nur von den unterschiedlichen Ländern ab, sondern auch von der jeweiligen Firmenkultur. Er sieht die größere staatliche Unterstützung durch steuerliche Entlastungen in Frankreich als Nachteil für die deutschen Unternehmen und Unternehmensteile. Wichtig ist für ihn, dass Deutschland stärker in die Forschungsförderung, ausdrücklich auch bei größeren Unternehmen, investieren solle. Denn diese würde über die Zukunft von Europas Wettbewerbsfähigkeit entscheiden. Aber

auch die Unternehmen müssten sich öffnen und beispielsweise mehr und weitergehende Kooperationen mit wissenschaftlichen Einrichtungen eingehen. Zum Schluss der Diskussion wurde der Blick auf die Zukunft Europas gerichtet, insbesondere im Hinblick auf Frankreichs neuen Präsidenten Emmanuel Macron. Matthias Suermondt sprach von den aus seiner Sicht positiven Arbeitsmarktreformen Macrons, denn ginge es Frankreich wirtschaftlich nicht gut, würde dies kurz oder lang gesehen auch Deutschland und somit die EU betreffen. „Frankreich braucht Deutsch-

land, Deutschland braucht Frankreich!“, so seine Formel. Martina Werner begrüßte ausdrücklich, dass Präsident Macron eine Vision von Europa habe und man sich so über die Frage „Wie stellen wir uns Europa vor?“ streiten könne. Dies hätte der Debatte über Jahre gefehlt. Sie blieb aber bezüglich der Umsetzungschancen eher skeptisch. Die Idee eines europäischen Finanzministers wurde auf Nachfrage aus dem Publikum einhellig positiv bewertet. Zu klären sei jedoch, mit welchen Kompetenzen und Aufgaben dieses Amt ausgestattet werden solle.

Frankfurt als Zentrum der Metropolregion

Die Metropolregion FrankfurtRheinMain ist eines der bedeutendsten Wirtschaftszentren Europas. Fast sechs Millionen Menschen leben dort. Alleine in der Banken- und Dienstleistungs-Großstadt Frankfurt bieten rund 300.000 Unternehmen mehr als einer halben Million Menschen einen Job.

Managerkreis Rhein-Main

Am 4. Oktober 2017 hatte der Managerkreis zu einem Podiumsgespräch mit Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann geladen, um mit ihm über die wirtschaftliche Zukunft der Metropolregion sowie damit zusammenhängende politische Fragen zu diskutieren. Lange Zeit galt die Stadt, so Feldmann, national und international als arrogant und abgehoben, doch in den letzten Jahren habe sich das Image stark gewandelt und verbessert. Es sei eine deutliche Entschleunigung zu erkennen, jedoch gleichzeitig ein stetiges Wachstum. Außerdem sei die Zahl der Strafdelikte deutlich gesunken. Frankfurt befinde sich in der Kriminalitätsstatistik nicht mehr auf Rang eins, sondern mittlerweile auf Rang vier. Auch der Tourismus boome in der Stadt, in den letzten Jahren kamen deutlich mehr Menschen zu Besuch.

Die Region ist zudem der Wirtschaftsmotor Hessens, so Feldmann. Die Nähe zum Flughafen und die zentrale Lage machen Frankfurt mit seiner Metropolregion besonders attraktiv. Die Stadt wächst und auch die ländlichen Gebiete profitieren. Die regionalen Grenzen der einzelnen Gemeinden verschwimmen weitestgehend. War das Verhältnis zu den Nachbarstädten in der Vergangenheit eher durch Konkurrenz und Rivalität geprägt, so gibt es heute eine größere Nähe und starke Kooperation. Auch Mainz oder Aschaffenburg bekennen sich zu FrankfurtRheinMain.

Der Oberbürgermeister wünscht sich dennoch mehr Unterstützung und Zusammenarbeit mit der hessischen Landesregierung, um die Vernetzung der Metropolregion weiter voran-

zubringen. 2019 läuft das Metropolgesetz aus, welches den minimalen Rahmen des Konzepts definiert. Schon frühzeitig müsse deshalb mit allen Akteuren das weitere Vorgehen abgestimmt und Richtlinien beschlossen werden.

► Peter Feldmann



Niedersachsen hat gewählt

Bei der Landtagswahl in Niedersachsen am 15. Oktober 2017 ging die SPD mit 36,9 Prozent der Stimmen deutlich als stärkste Kraft hervor und erzielte ihr bestes Wahlergebnis seit 1998. Für eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition reichte es aber nicht. Was nun?

Managerkreis Niedersachsen-Bremen

Vier Tage nach der Landtagswahl trafen sich die Mitglieder des Managerkreises, um mit Yvonne Schroth von der Forschungsgruppe Wahlen über deren Konsequenzen zu diskutieren. Wie die Sondierungsgespräche ausgehen würden, war am Veranstaltungabend noch unklar. Vor der Wahl wünschten sich die meisten Wähler_innen eine Fortsetzung der rot-grünen Regierung, doch mit diesem Ergebnis hätte es auch eine „Jamaika-Koalition“ aus CDU (33,6 Prozent), FDP (7,5 Prozent) und den Grünen (8,7 Prozent) geben können – oder eben eine große Koalition von CDU und SPD, zu der es dann auch gekommen ist. Eine Ampelkoalition zwischen SPD, Grünen und der FDP erschien von vornherein als wenig realistisch, da die FDP erklärt hatte, für eine solche Variante nicht zur Verfügung zu stehen. Die AfD (6,2 Prozent) trat als neue Partei in den Niedersächsischen Landtag ein, jedoch mit einem schlechteren Ergebnis als in anderen Bundesländern. Die Linke schaffte mit 4,6 Prozent die 5 Prozent-Hürde nicht. Yvonne Schroth analysierte zunächst die Gründe für den Wahlerfolg der SPD. Bei den Themen Schule und Bildung sowie Flüchtlinge und Integration sprachen die Wähler_innen der SPD eine hohe Kompetenz zu. Auch bei den anderen landesspezifischen Themen vertrauten sie der SPD deutlich mehr, was bei der Bundestagswahl 2017 mit anderen Themenschwerpunkten nicht der Fall war. Als großen Faktor für den deutlichen Vorsprung der SPD gegenüber der CDU sah Schroth den Spitzenkandidaten Stephan Weil. Viele Wähler_innen attestierten ihm und seiner rot-grünen Regierung, laut einer Umfrage, eine gute Arbeit. Vor der Wahl war daher auch keine Wechselstimmung im Land spürbar. Dem Kandidaten der CDU Bernd Althusmann war Weil damit deutlich überlegen. Generell wirke sich der Bekanntheitsgrad von Ministerpräsident_innen positiv auf deren Wiederwahl aus, jedoch konnte Stephan Weil sich auch schon 2013 gegen den damaligen Ministerpräsidenten David McAllister durchsetzen. Als Grund für die Zufriedenheit mit der aktuellen Landesregierung nannte Schroth, dass die allgemeine Wirtschaftslage und die eigene Situation von den Wähler_innen im Jahr 2017 positiver eingeschätzt wurde, als das noch 2013 der Fall war. Vor allem liege dies an der gesunkenen Arbeitslosenquote. Im weiteren Verlauf ihres Vortrags präsentierte Schroth Grafiken



► Prätorius, Schroth

über Wahlentscheidungen nach Berufsgruppen und Gewerkschaftszugehörigkeit. Diese zeigten unter anderem, dass Arbeiter_innen, Beamt_innen und Angestellte mit rund 40 Prozent die SPD wählten, Selbstständige nur mit 22 Prozent. 14 Prozent der ehemaligen SPD-Wähler_innen entschieden sich für die AfD. Bemerkenswert sei darüber hinaus, dass die SPD ca. 170.000 Stimmen von ehemaligen Nichtwähler_innen gewonnen habe, so die Meinungsforscherin.

Anschließend wurde rege diskutiert: Laut Schroth werde das Verhältnis der SPD zur Linkspartei in Zukunft mehr von Konkurrenz geprägt sein, zumal sich beide Parteien beim Thema „soziale Gerechtigkeit“ überschneiden würden. Auf die Frage, ob die Kompetenzfelder der SPD sich positiv auf die Landtagswahl mit ihrer speziellen Themensetzung ausgewirkt hätten, antwortete sie, dass sich tatsächlich beim wichtigsten Thema Bildung fast nichts getan habe. Jedoch sei das Vertrauen der Wähler_innen in die SPD bei diesem Thema stark gestiegen. Dies führte Yvonne Schroth vor allem auf die Person von Stephan Weil zurück.

Start-Up-Szene: Baden-Württemberg ist nicht Berlin

Am 27. Oktober 2017 veranstaltete der Managerkreis Baden-Württemberg ein Unternehmerfrühstück, um sich informell und offen über die Belange der Start-Up-Szene mit Verantwortlichen aus der Politik auszutauschen.

Managerkreis Baden-Württemberg

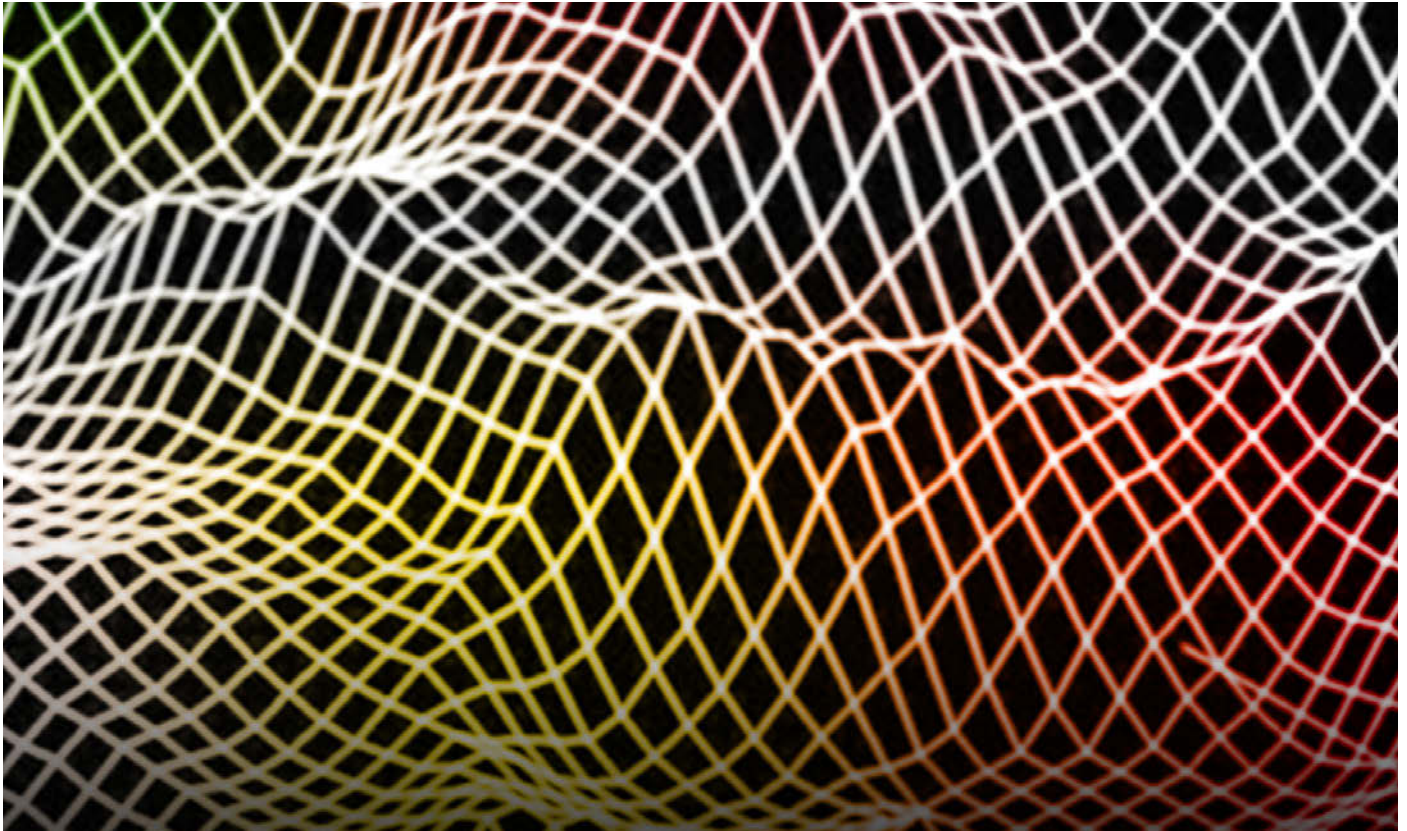
Nach einer Vorstellungsrunde schilderten die Unternehmer_innen ihre Perspektive auf die aktuelle Situation in Baden-Württemberg und diskutierten diese anschließend mit den beiden Landtagsabgeordneten Boris Weihrauch und Andreas Stoch. Grundsätzlich war man sich einig, dass die Start-Up-Szene in Baden-Württemberg sich fundamental von der in Berlin unterscheidet. In der Hauptstadt werden häufig Ideen oder Produkte verkauft, bevor sie in Produktion und Verbreitung gehen. Die Unternehmen in Baden-Württemberg stehen in der Tradition des Mittelstandes, der nachhaltig durchdacht und langfristig wirtschaftet. Erfindungen entstehen häufig in jahrzehntealten KMUs. Auch ist die Produktpalette unterschiedlich: Während in Berlin die Kreativ- und Designszene überwiegt, steht in Baden-Württemberg technische Innovation im Mittelpunkt. Sowohl die Politik als auch die Start-Up-Szene bewerten diese baden-württembergischen Charakteristika als einen Standortvorteil: Die technische Innovation passt zum Profil des Bundeslandes, die langfristige Struktur erlaubt sozial-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Begleitung. Die Unternehmensseite sprach sich dafür aus, „der Überhitzung der Start-Up-Szene“ mit seinen permanenten Neugründungen entgegenzuwirken. Kritisch und als innovationshemmend wird die Rolle der großen Konzerne vor Ort bewertet: zum einen, weil die gute Arbeitsmarktlage kluge Köpfe mit sicheren aber nicht immer innovativen Arbeitsplätzen anlockt, zum anderen, weil sie als Marktführer potenzielle Konkurrenten oder konkurrierende Techniken ausbremsen. Als positiv wurde immer wieder die Stadt Mannheim hervorgehoben, die durch Investitionen in die digitale Versorgung und die Unterstützung von Gründerzentren die Lage für Gründer_innen sehr verbessert hat. Die Verfügbarkeit von Freiflächen ist dabei ein besonderer Standort-Vorteil, der Mannheim von Stuttgart unterscheidet. Beide Seiten sahen die Unterstützungslücke kritisch, die entsteht, wenn ein Produkt zur Marktreife gelangt: Genau in diesem Moment bräuchte der Anbieter besonders viel Geld, um auf dem Markt auftreten zu können – und genau dann gibt es keine Förderung mehr, weil dies als unlautere Subvention des freien Marktes gesehen wird. Mit Bezug auf die Gestaltung von Gründerzentren und Co-Working-Spaces wurden die verschiedenen Modelle – von

ausschließlicher Bereitstellung von Räumen bis zu voll ausgestatteten Zentren, die von Konzernen oder Banken bereitgestellt werden – kritisch diskutiert. Die Anwesenden schlugen ein kooperatives Modell vor, um damit unabhängig von Konzernen zu sein, aber gleichzeitig die Vernetzung zwischen den Nutzern eines solchen Raumes zu garantieren. Die Frage, welchen Typ von Innovation ein Bundesland braucht, wurde kontrovers diskutiert. Es liegt auf der Hand, dass sie sozialverträglich und Arbeitsplatz schaffend sein soll. Aber viele Innovationen wirken sich kurzfristig negativ auf bestimmte Gruppen oder auch die regionale Infrastruktur aus: „Mit diesem Argument hätte man die Wandlung vom Bleisatz- zum Digitaldruck verbieten müssen“, so einer der Teilnehmer. Man war sich in der Runde einig, dass die Politik die Funktion hat, die Bedingungen für Gründerinnen und Gründer so günstig wie möglich zu gestalten und das Gemeinwohl im Blick zu behalten.

Obwohl es sich bei den beiden Landtagsabgeordneten Weihrauch und Stoch um Politikvertreter mit jahrelanger Erfahrung handelt, nahmen sie doch neue Informationen mit. Es wurde deutlich, dass es neben der individuellen Förderung von Gründer_innen auch einer grundsätzlich strukturellen Förderung bedarf.

► Frühstücksdialog des Managerkreises in Stuttgart





Digital Health – Gesundheit neu denken

Das deutsche Gesundheitssystem steht durch den demografischen Wandel, dem Fehlen von Fachkräften und der Finanzierbarkeit einer gleichwertigen Gesundheitsversorgung in Stadt und Land vor großen Herausforderungen. Mit der Digitalisierung wird die Hoffnung verbunden, vielen dieser Herausforderungen mit innovativen Lösungen begegnen zu können.

Managerkreis Bayern

Längst ist die zunehmende Digitalisierung unseres Alltags zur Gewohnheit geworden. Unzählige Gesundheitsangebote überfluten das Internet und erobern die Smartphones und Smartwatches der Konsument_innen. Welche Auswirkungen hat eHealth auf die Gesundheitsversorgung und das Verhältnis zwischen Arzt und Patient_in? Was ist der Stand der Technik und was können Patient_innen in den nächsten Jahren erwarten? Wie gehen wir mit dem Thema Datenschutz um? Wie müssen sich etablierte Unternehmen ändern, um mit den Start-Ups mithalten zu können? Wie muss sich das Gesundheitssystem ändern, um digitale Lösungen, z. B. in der Erstattung der Krankenkassen, abbilden zu können?

Diese und weitere Fragen diskutierte der Managerkreis Bayern am 7. November 2017 in der „Blackbox“ im Gasteig in München. Min Sung Sean Kim, Leiter globale digitale Gesundheits-

investitionen von Allianz Ventures, gab in seinem Impuls einen Überblick in die Vielfalt der Neuentwicklungen, insbesondere bei den „Gesundheits-Apps“, mit denen die Kund_innen per Smartphone die verschiedensten Gesundheitsparameter erfassen können, vom einfachen Schrittzähler bis zu den Blutzuckerwerten für Diabetiker. Die Allianz Ventures gehört zu den größten Wagniskapitalgebern der Branche in Deutschland, investiert Millionenbeträge in die Entwicklung neuer Applikationen. Es gibt sicher tausende von Ideen und kleinen Start-Ups weltweit, die in diesen Markt drängen. Nur wenige schaffen es bis zu einer realistischen Marktchance, aber genau in diese will die Allianz identifizieren und fördern, denn sie werden, so Min Sung Sean Kim, die Zukunft der „digitalen Gesundheit“ prägen. Alexander König, Geschäftsführer und Gründer der Reactive Robotics GmbH in München, geht einen anderen Weg. Seine

Firma entwickelt die Hard- und Software für Robotertechnik, die die Ärzt_innen in der Diagnostik und auch der Behandlung unterstützen sollen. Dafür braucht es vor allem die Daten aus den technischen Geräten im Krankenhaus. Die „Big Data“ werden mit künstlicher Intelligenz analysiert und – je mehr Wissen sich angesammelt hat – in immer akurtere Diagnosen und Therapievorschläge umgesetzt. Die letztliche Kontrolle und Entscheidung behalten aber immer die behandelnden Arzt_innen.

Helmut Platzer, Vorstandsvorsitzender AOK Bayern, äußerte sich skeptisch, was den Wert so mancher der modernen Gesundheits-Apps angeht, sieht aber großes Potenzial in der Digitalisierung für die bessere Steuerung der Gesundheitsversorgung. Die Schuld, dass wir immer noch keine funktionierende Chipkarte für die Krankenversicherung haben, sieht er bei den verschiedenen Akteuren, die Daten generieren, diese aber dann nicht mit anderen teilen wollen und sich vehement gegen kompatible Schnittstellen wehren, die erst eine generelle Verfügbarkeit der Gesundheitsinformationen auf den Karten ermöglichen würden. Auch wenn schon zwei Milliarden Euro dafür in den Sand gesetzt wurden, so sieht Platzer doch die Notwendigkeit eines neuen Anlaufes: „Die Karte muss kommen!“, bekräftigte er. Dabei setzt Platzer auf die Etablierung offener Plattformen, auf denen Daten sicher gespeichert sind, die in anonymisierter Form für die Entwicklung neuer Instrumente bereitstehen und somit die Gesundheitsversorgung für alle voranbringen kann.

Kathrin Sonnenholzner, Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Bayerischen Landtag, zog eine positive Bilanz der

politischen Rahmensetzung der Bundes- wie auch der Landesregierung. Die Datenschutzrichtlinien seien eindeutig und geben genug Spielraum für digitale Innovationen. Es sind aus ihrer Sicht die Verbände, Vereinigungen, die Vielzahl der Akteur_innen des komplexen deutschen Gesundheitssystems, die nun gefordert sind, die Möglichkeiten digitaler Gesundheitsinnovationen im Sinne und zum Wohle der Patient_innen umzusetzen.

In der Diskussion, moderiert von Stefan Kinner, Vorstandsmitglied im Managerkreis Bayern, waren sich letztlich alle Beteiligten einig, dass sich aus der Digitalisierung riesige Chancen für Gesundheitssystem und Patient_innen ergeben werden. Die Hürden und Risiken wird man aber im Blick haben müssen. Insbesondere Menschen mit chronischen Erkrankungen können von neuen Anwendungen profitieren, wobei man bei den „Apps“ Weizen und Spreu trennen muss. Das Gesundheitssystem kann mit neuen Anwendungen bei Schnittstellen die Trennung von ambulanter und stationärer Behandlung überwinden und insbesondere in der ländlichen Gesundheitsversorgung profitieren. Aufpassen müssen wir in Deutschland bei der Entwicklung von Businessmodellen und der Förderung von Start-Ups: Wenn die Hürden zu gro fur neue Unternehmen sind, werden die Giganten aus Silicon Valley wie Google und Apple schneller sein. Beim Thema Datenschutz brauchen wir eine neue, innovationsoffene Haltung: Es muss klare Regeln geben, wer Zugriff auf welche Gesundheitsdaten hat. Klar ist aber auch, dass sich auch aus Gesundheitsdaten wichtige neue Diagnose- und Behandlungsoptionen ergeben.

► Podiumsgaste



„Wir sind schon dort, wo andere noch hinwollen.“

Am 15. November 2017 diskutierte der Managerkreis in Düsseldorf in einem Hintergrundgespräch mit Michael Breuer, Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV), über die Zukunft der Sparkassen.

Managerkreis Nordrhein-Westfalen

Michael Breuer gab zu Beginn der Veranstaltung einen detaillierten Einblick in die vier essenziellen geschäftspolitischen Herausforderungen, vor denen die Sparkassen derzeit stehen: die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), veränderte Kundenbedürfnisse durch die Digitalisierung, der Rentabilitätsdruck der Sparkassen und die anhaltende Regulierungsflut. Letztere sei als Folge der Finanzkrise noch deutlich angestiegen. Zusätzlich setzten das veränderte Kundenverhalten, ein intensiver Wettbewerb und die anhaltende Niedrigzinsphase die Sparkassen enorm unter Druck, erklärte Breuer.

Multikanalansatz für alle Kundengruppen

An diesen Herausforderungen, den geänderten Rahmenbedingungen und dem Kundenbedarf richten die Sparkassen ihr Angebot konsequent aus: Obwohl der Online-Kanal der Sparkassen den persönlichen Besuch in der Filiale sowohl bei der Informationsbeschaffung als auch für den Abschluss von Bankprodukten längst überholt habe, bleiben die Sparkassen bei ihrem Multikanalansatz: „Wir haben als Sparkassenfinanzgruppe den Anspruch, für die komplette Bandbreite der Kunden da zu sein“, bekräftigte Breuer. Denn das persönliche Gespräch sei für die meisten Kund_innen nach wie vor nicht zu ersetzen – ob in der Filiale oder über das Callcenter, von dem die Kund_innen zu Recht ebenfalls hochqualifizierte Antworten erwarten.

Sparkassen auf Innovationskurs

Für die Kund_innen der Sparkassen mache außerdem eine Reihe aktueller Innovationen einen deutlichen Mehrwert aus, erklärte Breuer und machte deutlich: „Wir sind schon dort, wo andere noch hinwollen.“ Als Beispiele für das innovative Angebot nannte er unter anderem das Produkt „Kwitt“ – der Peer-to-Peer-Payment-Dienst der Sparkassen, die videogestützte Beratung und den YES-Vertrauensdienst für rechtsfeste Geschäfte über das Internet.

„Sehr gut aufgestellt“

Zum Ende seines Vortrages zog Breuer ein Fazit: „Im Moment sind wir Marktführer und das müssen wir jede Woche neu begründen!“ Als öffentlich-rechtliche Einrichtung geschehe

jede Veränderung unter den Augen der Öffentlichkeit und erst nach Abstimmung mit kommunalen und etlichen weiteren Institutionen. Beides koste viel Kapazitäten; dennoch seien die Sparkassen nach wie vor sehr gut aufgestellt.

Überangebot an Liquidität

In der anschließenden Diskussion konnten Fragen wie etwa die nach der Besonderheit des Geschäftsmodells der Sparkassen geklärt werden: „Anders als private Banken leihen wir kein Geld von der EZB oder anderen Zentralbanken“, erklärte Breuer. Im Gegenteil müssten die Sparkassen derzeit sogar mit einem Überangebot an Liquidität umgehen. Zu verdanken sei dies laut Breuer nicht zuletzt dem regionalen und lokalen Fokus des Verbandes und dem Markenkern Vertrauen und Sicherheit, für den die Sparkassen nach wie vor stehen wollen.

► Dänzer-Vanotti, Breuer





Das Auto kommt auf Knopfdruck

Die Zukunft der Mobilität hat starke Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland. Für Expert_innen steht längst fest, dass das Auto von morgen elektrisch angetrieben ist und ohne Fahrer auskommt. Die deutsche Automobilindustrie scheint diese Trends bisher verschlafen zu haben. Immerhin: 52 Prozent der weltweit angemeldeten Patente zum autonomen Fahren fallen auf deutsche Hersteller.

Managerkreis Rhein-Main

Vernetzt, autonom, klimaneutral und smart – sieht so die Mobilität der Zukunft aus? Darüber diskutierte der Managerkreis am 14. November 2017 mit Sören Bartol, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und André Kavai, Geschäftsführer der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH.

Sören Bartol machte gleich zu Beginn seines Vortrags klar: „Mobilität ist Ausdruck von Freiheit, Unabhängigkeit, Wohlstand, Individualität und Selbstbestimmung.“ Er entwickelte eine Zukunftsvision, in der im besten Fall das Management von Mobilität durch die Verbraucher_innen immer einfacher, der Wechsel zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln fließend geschehen, Mobilität individuell und weltweit organisiert sein wird. „Sharing“ werde zu einer neuen Kultur-

technik und damit der Zugang zu Mobilität – nicht mehr der Besitz von Verkehrsmitteln – entscheidend sein.

Dabei sei die Evolution der Mobilität eingebettet in zwei Rahmenbedingungen: den Kampf gegen den Klimawandel und die fortschreitende Digitalisierung. Um das Pariser Klimaschutzabkommen einzuhalten, müsse unsere Mobilität bis zur Mitte des Jahrhunderts weitestgehend klimaneutral organisiert sein. Gleichzeitig werde die digitale Vernetzung dazu führen, dass wir eine Vielzahl an neuen Mobilitätsangeboten erhalten werden. Durch den Datenaustausch zwischen den Verkehrsteilnehmer_innen, Fahrzeugen und der Infrastruktur könne eine vollkommen neue Form der Mobilität entstehen. Aber auch für eine vernetzte und klimafreundliche Mobilität werde eine belastbare Infrastruktur benötigt, betonte Sören

Bartol und machte deutlich, dass dafür größere finanzielle Investitionen nötig seien. Allein für den Neubau und Erhalt der kommunalen ÖPNV-Verkehrsinfrastruktur müssten die Mittel von derzeit 320 Mio. Euro auf 1 Mrd. Euro pro Jahr aufgestockt werden. Zudem müsste die Planungszeit verkürzt werden. Mehr Geld helfe hier nicht weiter, sondern es sei einerseits eine Reform des Planungsrechts und andererseits frühzeitige Bürger_innenbeteiligung notwendig.

Zur Infrastruktur gehöre aber auch die digitale Infrastruktur, die mit der fortschreitenden Vernetzung der Mobilität eine immer größere Bedeutung erhalte und deswegen aufgebaut werden müsse, forderte Bartol. Ansonsten bleibe das autonom fahrende Auto irgendwann am Wegesrand stehen. In den Ballungszentren sei die Verkehrsinfrastruktur bereits heute häufig überlastet. Es sei eine wachsende Konkurrenz um den begrenzten öffentlichen Raum und eine sinkende Akzeptanz von Wirtschafts- und Pendelverkehren in den Innenstädten festzustellen. Er forderte, dass Siedlungsentwicklung und Verkehrsplanung wieder verzahnt werden müssten.

Dabei komme dem ÖPNV eine besondere Bedeutung zu. „Der ÖPNV ist und bleibt das Rückgrat der städtischen Mobilität. Ein qualitativ hochwertiger öffentlicher Verkehr ist zentral für die urbane Lebensqualität und unverzichtbar für die Funktionsfähigkeit von Städten und Regionen“, so der Politiker. Dabei erwarte er, dass die beschriebenen Trends auch und vermutlich zuerst den ÖPNV erfassen würden. Er hoffe, dass durch die digitale Vernetzung eine neue Mobilitäts-Allianz zwischen dem klassischen ÖPNV und den modernen Mobilitätsangeboten und damit ein umfassender Mobilitätsverbund entstehe. Das Thema ÖPNV bot den Übergang zum zweiten Gesprächsgast André Kawai. Der Geschäftsführer des Rhein-Main-Ver-

kehrverbundes berichtete von einem entwicklungshemmenden Investitionsstau und sagte ein Jahrzehnt der Baustellen voraus. Allein am Frankfurter Knoten würden zwölf Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren verbaut. „Wir bauen, damit's besser wird!“, stiftete Kawai Hoffnung. Die von Sören Bartol beschriebene Zukunft der Mobilität sei heute schon im ÖPNV spürbar. Die Nutzer_innen würden zunehmend noch stärker zwischen Verkehrsträgern wechseln. Das sei nur möglich mit gut ausgebauten, nutzerfreundlichen digitalen Angeboten. In den Großstädten des RMV-Gebiets habe der Umweltverbund dabei bereits einen Anteil von über 50 Prozent am Wegeaufkommen – bei steigender Tendenz.

In der Diskussion mit dem Publikum betonte Sören Bartol auf Nachfrage, dass eine sozialdemokratische Mobilitätspolitik, die auf den sozialen Ausgleich Wert lege, nicht nur den Ballungsraum betrachten dürfe und äußerte die Hoffnung, dass gerade die Mobilitätsentwicklung im ländlichen Raum von neuen Formen der E-Mobilität, der Digitalisierung und des autonomen Fahrens profitieren könne. Mit Blick auf die Metropolregion FrankfurtRheinMain konstatierte André Kawai, dass die Schmerzgrenze für Pendelwege bei 60 Minuten liege, die Realität aber häufig eine andere sei. Bartol forderte deshalb die stärkere Abstimmung von Bau- und Verkehrsplanungen in der Region und knüpfte damit an die Veranstaltung „Frankfurt und die Metropolregion“ des Managerkreises Rhein-Main am 4. Oktober 2017 an (<http://www.fes.de/lnk/33e>). Letztlich würden die Menschen mit den Füßen abstimmen, so Kawai, was die hohen Verkaufszahlen von E-Bikes belegen würden. Sören Bartol bestätigte, dass es eine steigende Bereitschaft zur Radnutzung gebe – die Mittel für den Radwegeausbau aber in der Regel nicht vollständig abgerufen würden.

► Kawai, Rossbrey, Bartol





Bremen auf dem Weg zur Smart City

Der digitale Wandel leitet Veränderungsprozesse ein, die alle Lebensbereiche betreffen und auch für die Städte von großer Bedeutung sind. Der Sammelbegriff „Smart-City“ fasst Konzepte zusammen, die die städtischen Lebensräume grüner, effizienter und lebenswerter gestalten sollen.

Managerkreis Niedersachsen-Bremen

Welche Chancen bietet die Digitalisierung für Bremen? Welche Rahmenbedingungen sind wichtig für eine digitale Wirtschaft und welche Rolle spielen Start-Ups dabei? Wie kann man neben dem technischen auch einen sozialen Fortschritt erreichen? Diese Fragen diskutierte der Managerkreis am 16. November 2017 mit Carsten Sieling, Präsident des Senats und Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen und Arno Brandt, Leiter des CIMA Instituts für Regionalwirtschaft. Moderiert wurde die Veranstaltung von Holger Bornemann, Geschäftsfeldleiter der Prognos AG und Vorstand des Managerkreises Niedersachsen-Bremen.

In seiner Einführung machte Holger Bornemann die Industrie 4.0, den demografischen Wandel und neu entstehende Geschäftsmodelle als Aspekte aus, die den Wandel definieren. Aufgabe einer „Smart City“ sei es dabei, als Stadt handlungs-

fähig zu bleiben, sich mit den Entwicklungen in der Wirtschaft zu befassen und alle Bevölkerungsschichten mitzunehmen.

Carsten Sieling betonte in seinem Impuls, dass die Digitalisierung kein neues Thema sei, sondern dass an vielen Stellen bereits auf bestehende Strukturen aufgebaut werden könne. So werde in Bremen schon seit Ende der neunziger Jahre an einer Breitbandinfrastruktur gearbeitet. Förderaktivitäten und Beratungsprogramme für Start-Ups, aber auch Prozessanpassungen wie digitale öffentliche Dienstleistungen sind oder werden realisiert. Sieling ging auch auf den Bildungsbereich ein. Durch die Digitalisierung wandle sich Bildung wie nie zuvor: „Hierbei müssen Lernkompetenzen noch besser umgesetzt werden“, so Sieling. Arno Brandt erklärte in seinem Kommentar, dass es bei der Digitalisierung vielfach auch ums Experimentieren gehe. „Es passiert nicht in geschlossenen

Systemen, sondern muss ausprobiert werden.“ Gleichzeitig mahnte er zur Vorsicht mit dem Umgang der Daten. Die Privatheit der Bürger_innen müsse gewahrt bleiben.

In der anschließenden Diskussion betonte Sieling, dass die Digitalisierung ein Prozess mit vielen offenen Fragen sei. Als Stadt könne man eigene Standards setzen, auch im Hinblick darauf, wer über Daten verfügen kann. Brandt ergänzte, dass besonders im Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Organisationen der sichere Austausch von Daten im Blick behalten werden müsse. Sieling und Brandt waren sich einig, dass vor allem der Umgang mit monopolistischen Unternehmen hinterfragt werden müsse, damit solche Strukturen sich nicht verfestigen. Dafür müsse man sich auch mit Wettbewerbspolitik neu auseinandersetzen.

In der Diskussion mit dem Publikum ging es um die Frage, ob der bereits angesprochene Zusammenschluss von privaten und öffentlichen Strukturen durchzuhalten sei. Sieling erläuterte, dass die Rückholbarkeit der Daten ein Thema bleiben muss. Brandt bezweifelte dabei jedoch, ob es möglich sei, gesetzliche Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Ihm zufolge komme es darauf an, dezentrale Ansätze in den Fokus zu nehmen und zu fördern. Abschließend erklärte Sieling auf Nachfrage, dass für die Digitalisierung in der Bildung bereits konkrete Pläne bestünden. Das Thema spiele eine große Rolle in der Kultusministerkonferenz, die einen Fonds für Investitionen in dem Bereich beschlossen hat. Dennoch werde es einige Zeit dauern, bis die Pläne erfolgreich umgesetzt sind.

Der mühsame Weg aus den Schulden

Mecklenburg-Vorpommern ist vor allem bekannt für seine wunderschönen Strände, seine unberührte Natur und romantischen Alleen. Vom Rest der Republik weitgehend unbeachtet ist hingegen die Tatsache, dass es eines der ersten Bundesländer war, das konsequent den Haushalt konsolidiert hat.

Managerkreis Nord-Ost

Wie dieses Kunststück gelungen ist, hat der Managerkreis Nord-Ost mit dem Staatssekretär im Finanzministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern Peter Bäumer am 7. November 2017 in Rostock diskutiert. In seinem Vortrag betonte er, dass der Grundstein für diese Entwicklung die Landesregierung Anfang der 2000er Jahre gelegt hat. Seitdem hat das Land einen langen Weg beschritten, der „weh tat“, vor allem aufgrund des anhaltenden Personalabbaus. Bäumer legte einige Zahlen vor, die belegen, dass Mecklenburg-Vorpommern seit mehr als zehn Jahren ohne neue Schulden auskommt und zudem mehr als eine Milliarde Euro alte Schulden abtragen konnte. Die Steuereinnahmen sprudeln derzeit und die geringen Zinssätze helfen, die Finanzen zu konsolidieren. Derzeit werden drei Viertel in die Tilgung gesteckt, so Bäumer.

Doch Sparen ist im Nordosten kein Selbstzweck: Mit Plänen für kostenfreie Kinderbetreuung, Investitionen in Infrastruktur und Bildung wurden politische Schwerpunkte gesetzt, die für die Landesentwicklung von besonderer Bedeutung sind. Auch wurden die Bereiche Schule und Innere Sicherheit inzwischen vom Personalabbau ausgenommen, weil hier Handlungsbedarf gesehen wird. Gleichzeitig kämpfe das Land gegen die demografische Entwicklung, unterstrich Bäumer. Jeder Mann

und jede Frau, die Mecklenburg-Vorpommern in Richtung anderer Länder verlassen, koste das Land mehrere tausend Euro. Auch der Zuzug durch Geflüchtete bremse den Bevölkerungsverlust nur teilweise – viele blieben nicht vor Ort, sondern zögen weiter, so Bäumer.

In der anschließenden lebhaften Diskussion, die von Arno Pöker, Vorstand des Managerkreises Mecklenburg-Vorpommern, moderiert wurde, kam wiederholt das Verhältnis Land-Kommunen und Bund-Länder zur Sprache. Während Mecklenburg-Vorpommern vorweisen kann, dass seine Kommunen bundesweit die höchsten Landeszuschüsse erhalten, kommt man nicht umhin, Disparitäten zwischen den Kommunen festzustellen. Auf absehbare Zeit, sagte Bäumer, werde es arme und reiche Kommunen im Land geben. Gleichzeitig habe sich das Land beim Bund inzwischen erheblichen Respekt für eine solide Haushaltsführung erarbeitet. Anders als andere Länder müsse man sich nicht im Stabilitätsrat beim Bund rechtfertigen, sondern könne auf einen nachhaltigen Haushalt verweisen. Das Finanzministerium unter Mathias Brodkorb würde auch in Zukunft dafür sorgen, dass das politisch Wünschenswerte mit dem finanziell Machbaren verbunden werden kann.

Frauenarbeitsplätze in Gefahr?

Der Online-Handel in Deutschland wächst. Jeder achte Euro wird heute im Internet ausgegeben. Das geht vor allem zu Lasten der rund drei Millionen Angestellten im deutschen Einzelhandel – die meisten davon sind Frauen.

Managerkreis Nordrhein-Westfalen

Viele Klein- und Mittelstädte kämpfen mit der Schließung von Filialen und der Verödung ihrer Innenstädte. Eher weiblich dominierte Arbeitsplätze im stationären Handel werden durch männliche Arbeitsplätze im Lager und in der Auslieferung ersetzt. Wie reagieren Unternehmen auf die aktuellen Entwicklungen im Handel? Welche Trends sind zu erwarten? Über diese Fragen wurde am 21. November 2017 beim Frauen Business Lunch in Köln diskutiert. Zu Gast war Marion Sollbach, Leiterin Nachhaltigkeit bei Galeria Kaufhof und Vorstandsmitglied im Managerkreis NRW.

Von einer Verschiebung hin zum Online-Shopping sind überwiegend bestimmte Branchen betroffen, wie etwa die Textil- und Kleidungsindustrie. Andere Wirtschaftszweige, wie der Lebensmittelmarkt, finden dagegen weiterhin hauptsächlich im traditionellen stationären Handel statt.

Viele Dienstleister versuchen durch die Nutzung verschiedener Kommunikations- und Vertriebswege auf mögliche disruptive Innovationspotenziale der Entwicklung zu reagieren und Kund_innen zu gewinnen. Der Trend geht zum sogenannten Multichanneling, erläuterte Marion Sollbach. Die Bereichslei-

terin ist seit mehr als fünfzehn Jahren im Handel tätig – davon acht Jahre bei der METRO AG und seit nunmehr sieben Jahren bei Galeria Kaufhof. Die Kund_innen wollen heute je nach Laune über alle möglichen Kanäle einkaufen und nicht ausschließlich stationär oder im Web. Sie schauen gerne online und kaufen offline oder umgekehrt, stellte Marion Sollbach fest.

► Businesslunch für Frauen



Gemeinwohl-Ökonomie in der Praxis

Zahlreiche Unternehmen erstellen inzwischen eine „Gemeinwohl-Bilanz“. Auch in Stuttgart durchlaufen derzeit mehrere städtische Unternehmen diesen Prozess.

Managerkreis Baden-Württemberg

Wie genau sieht dies in der Praxis aus? Wie funktioniert diese neue Bilanz, was wird damit messbar und vergleichbar gemacht? Darüber diskutierte der Managerkreis Baden-Württemberg am 21. November 2017 in der GLS-Bank in Stuttgart. Unser heutiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell steht vor vielen existenziellen Herausforderungen – globale Krisen, Klimawandel, Digitalisierung, neue Arbeitswelten und vieles mehr. Um diese zu meistern, werden verschiedenste Lösungswege diskutiert. Die einen setzen auf Wachstum mit neuen Attributen („Green Growth“, „Faktor X“), andere sehen Wachstum als das eigentliche Problem („Degrowth“, „Post-

wachstumsgesellschaft“) und wieder andere fordern ein radikales Umdenken, das das Wohlbefinden des Menschen ins Zentrum rückt. Zu letzteren gehört der Ansatz der „Gemeinwohl-Ökonomie“. Der Gedanke ist nicht neu: Kooperativen, Genossenschaften, Gemeinwirtschaft sind bekannte Modelle. Auch die Gemeinwohl-Ökonomie propagiert ein Wirtschaftssystem, das auf gemeinwohlfördernden Werten, auf Kooperation und Solidarität aufgebaut ist.

Oliver Viest, Geschäftsführer von faktor – Die Social Profit Agentur GmbH, stellte in seinem Impuls die Kriterien vor, nach denen sich Betriebe auditieren lassen können und

betonte dabei den Prozesscharakter der Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz: „Es ist ein voneinander lernendes System“, so Viest. Auf dem Panel saßen neben ihm auch Peter Hofelich, Mitglied der SPD-Landtagsfraktion sowie Wilfried Münch von der GLS Bank. Kontrovers wurde diskutiert, inwieweit der Staat die Wirtschaft regulieren solle und solche Kriterien als verbindlich einführen könne. Die öffentliche Beschaffung könnte hier ohne Zweifel als Vorbild voranschreiten, indem sie nachhaltig und fair produzierte Produkte kauft. Wie weit die Regulierung in die private Wirtschaft eingreifen soll, wurde unterschiedlich bewertet.

Kritisch sah Peter Hofelich auch die Preisentwicklung: Sozialverträgliche Preise stehen häufig im Widerspruch zu nachhaltiger Produktion. Aus dem Publikum wurde kritisch eingeworfen, wie weit angesichts der globalen Handelsstrukturen die Wirkung solcher Ansätze reiche, wenn sie sich auf nationale oder gar lokale Initiativen beschränke. Dies sei unter anderem ein Grund, warum sich die GLS-Bank für eine Transaktionssteuer einsetze, vertrat Wilfried Münch die Position des Bankhauses.

► Viest, Münch, Tiemann, Hofelich



Bremerhaven – die Brücke nach Übersee

Am 21. November 2017 hatte der Managerkreis Niedersachsen-Bremen zu einer Podiumsdiskussion in Bremerhaven eingeladen, die an eine thematische Auftaktveranstaltung im März dieses Jahres anschloss. Mehr als 130 Personen waren gekommen, um sich zu informieren, wie es mit Bremerhaven weitergehen soll.

Managerkreis Niedersachsen-Bremen

Lange blieb das Alleinstellungsmerkmal der Attraktivität einer Stadt am Meer in Bremerhaven ungenutzt. Seit einigen Jahren wird durch die Bebauung großer Flächen am neuen Hafen die Möglichkeit eröffnet, nah am Wasser zu wohnen. Neue Perspektiven für die Weiterentwicklung in städtebaulicher Hinsicht wurden geschaffen und die Zukunft der Stadt dadurch in neue Bahnen gelenkt. Man könne sehen, dass Bremerhaven neugierig auf sich geworden sei, so Klaus Becké, Vorstand des Regionalkreises, in seiner Eröffnung. Er erklärte, dass insbesondere der Süden der Stadt im Fokus der Stadtplaner läge und Gestemünde das interessanteste Entwicklungsgebiet sei.

Die Veranstalter hatten sich als Inputgeber den Städteplaner Lars Böhme eingeladen, der aus erster Hand seine Erfahrungen zum erfolgreichen Strukturwandel in Malmö schilderte, einer Hafenstadt, die sich mit ähnlichen Strukturproblemen wie Bremerhaven auseinandersetzen hat(te). „Lange waren der Fischfang und der Schiffsbau wichtig für die Stadt gewesen und auch Malmö war daher ähnlich wie Bremerhaven stark vom Niedergang der Wertindustrie betroffen“, so Böhme. Hierbei hätten 20.000 Menschen ihre Jobs verloren und die Stadt sei in eine Krise gerutscht. Heute hingegen habe sich Malmö zu einer internationalen und jungen Hochschulstadt

entwickelt, in der die Hälfte der Bewohner_innen jünger als 35 Jahre sei. Böhme erklärte, strategisches Ziel der Stadtentwicklung sei es gewesen, Malmö ans Wasser heranzuführen und Land zu erschließen. Zukünftig sollen außerdem vor allem globale Trends schnell zu lokalen Trends werden, der Austausch der Menschen intensiviert und die Infrastruktur verbessert werden.

Wie kann Bremerhaven von den Erfahrungen profitieren? In der anschließenden Diskussion, geleitetet von Holger Bornemann, Geschäftsfeldleiter der Prognos AG, zeigten sich einige Parallelen zwischen beiden Küstenstädten. Caroline Kountchev, Leiterin des Stadtplanungsamtes Bremerhaven, stellte fest, dass es oft erst mal einer Krise bedarf, bevor neue Visionen realisiert werden. In beiden Städten sei dafür ein Bündel von Maßnahmen wichtig gewesen, bei dem frühzeitig die Menschen mitgenommen werden mussten. Unternehmer Jochen Fiedler erklärte, dass vieles aus Malmö auf Bremerhaven übertragbar sei. Auch hier wolle man das Wohnen näher an das Wasser bringen und vor allem der Hafen spiele dabei eine besondere Rolle. Unternehmer und Investor Dieter Petram glaubt, dass Menschen vor allem aufgrund der Lage am Wasser nach Bremerhaven kämen – mit diesem Pfund müsse man

zu wuchern wissen. Gemeinsam mit Architekt Heller stellte er Pläne für einen Neubau vor. So plant Petram ein Hochhaus, quasi als Leuchtturm, der auch bis ins Landesinnere als Erkennungsmerkmal Bremerhavens sichtbar sein soll. „Wenn Leute von außerhalb in die Stadt kommen, dann wollen sie ans Wasser.“ Wohnen, Arbeit und Freizeit sollen wassernah in einem Gebäude vereint werden. Der große Wurf für die Stadt werde jedoch erst erreicht, wenn man den Brückenschlag wage und ein großes, zusammenhängendes Gebiet am Wasser geschaffen habe. Für alle Podiumsteilnehmer_innen stand außer Frage, dass die Beteiligung der Bevölkerung wesentlicher Bestandteil der anzuschubenden Prozesse sein müsse. Überhaupt müsse der Mensch im Mittelpunkt der Überlegungen stehen; auch wenn es um die Verkehrslenkung gehe.

Lars Böhme zeigte sich beeindruckt vom vorhandenen Potenzial und Engagement und machte den Bremerhavener Lust auf die Möglichkeiten: „Bremerhaven hat alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zukunft. Und das Wichtigste tun sie als Bürger, Unternehmer und Stadtverwaltung bereits jetzt: Sie sprechen miteinander.“ Der Managerkreis wird auch im nächsten Jahr die Stadtentwicklung weiter thematisieren und die Bürger_innen zum Dialog einladen.

► Böhme, Fiedler, Petram, Kountchev, Bornemann



„Grundsätzlich gute Zeiten für Berlin“

Ein Jahr nach der Bildung der rot-rot-grünen Regierung Berlins war Ramona Pop, Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe, beim Regionalkreis Berlin-Brandenburg zu Gast, um in einem exklusiven Hintergrundgespräch ein erstes, recht positives Zwischenfazit zu ziehen und weitere Pläne ihres Ressorts vorzustellen. Es sei bereits einiges angepackt worden, eine Menge Arbeit stehe aber noch bevor.

Managerkreis Berlin-Brandenburg

Derzeit boomt Berlins Wirtschaft. Seit einigen Jahren schon liegen deren Wachstumsraten über dem Bundesdurchschnitt. Diese Entwicklung kommt inzwischen auch auf dem Arbeitsmarkt an. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seit 2005 fast halbiert. Das wirtschaftliche Wachstum führe auch zu steigenden Gehältern, so die Senatorin. Den Aufschwung tragen vor allem die Digitalwirtschaft, der Tourismus und die damit verbundenen Dienstleistungen sowie die FinTech-Branche. Berlin werde mehr und mehr zu einer Schnittstelle zwischen Start-Ups und den Internet-of-things-Bereichen etablierter Unternehmen – eine Nische, die Berlin auch weiterhin besetzen will.

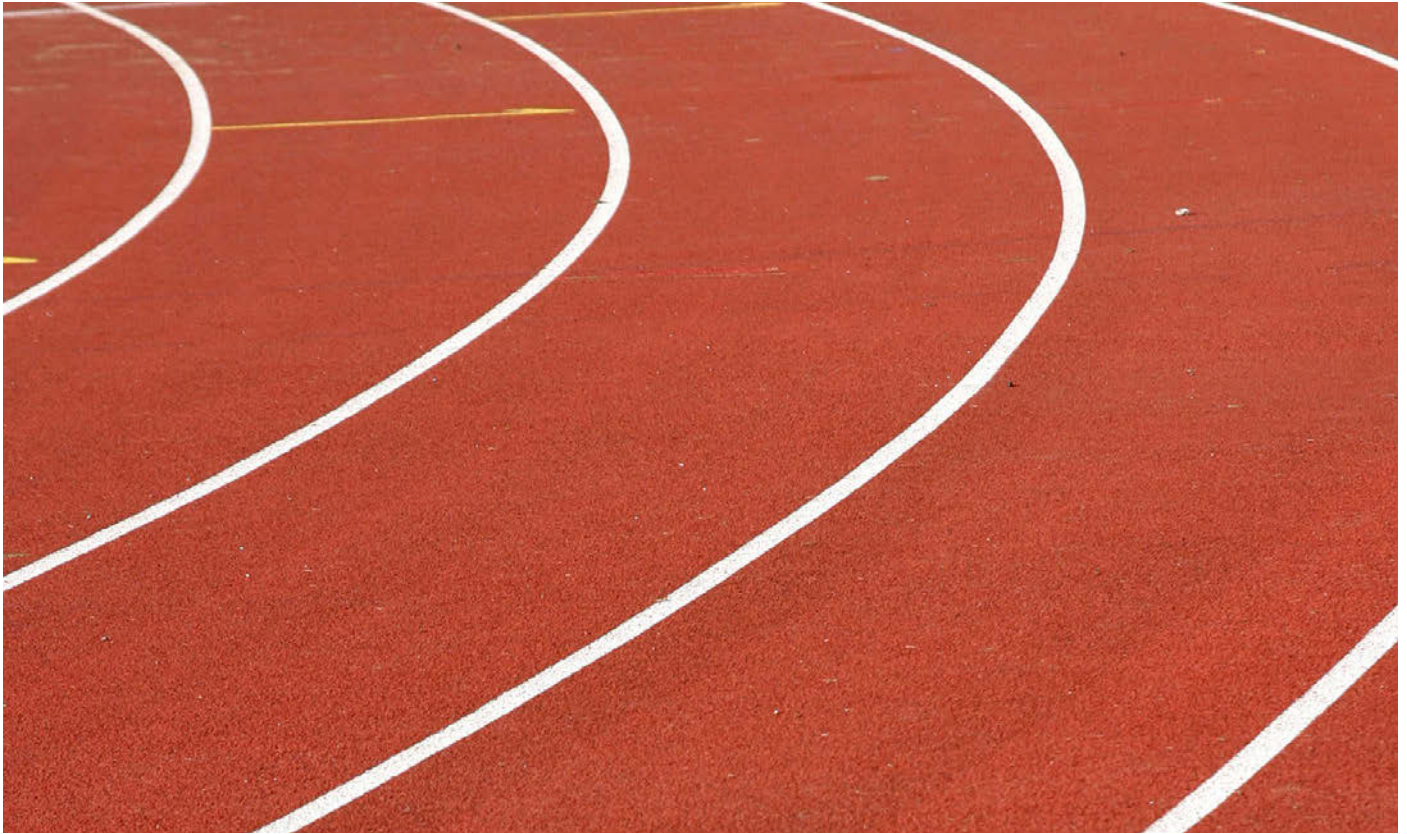
Ramona Pop sagte voraus, dass die Hauptstadt in rund fünf Jahren zum Nettozahler im Länderfinanzausgleich werden könnte. Gleichzeitig betonte sie, dass die Dynamik Berlins enorme neue Herausforderungen mit sich bringe. Erheblich mehr Wohnraum werde benötigt und die Verkehrsinfrastruktur sei nicht mehr zeitgemäß. Günstige Mieten machten schließlich noch immer einen Teil der Attraktivität der Stadt aus. Berlin, so könne man sagen, leide an veritablen Wachstumsschmerzen. Der Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur sei das Mammutprojekt der nächsten Jahre, betonte die Politikerin. Hier müssten nicht nur Milliarden für die Schul- oder Brückensanierung in die Hand genommen werden, auch die digitale Infrastruktur mache Investitionen erforderlich. Außerdem versuche der Senat, zunehmend in Lösungen in den Quartieren zu denken. Mithilfe der Stadtwerke etwa wolle man günstigen Mieterstrom anbieten und auch den Photovoltaik-Anlagen zum Durchbruch verhelfen. Das Potenzial von Photovoltaik-Anlagen auf Berliner Dächern liege bei fast 25 Prozent der Gebäude, ausgeschöpft seien derzeit noch nicht einmal ein Prozent. Zudem benötige man dringend eine Antwort auf die Frage, wie Berlin die Wende hin zum emissionsfreien Verkehr gelingen soll. Eine besondere Bedeutung komme dabei den Wasserwegen zu, so Pop. Zudem bekräftigte sie das Vorhaben, den U-Bahn- und Tram-Lückenschluss voranzutreiben. Auch dürfe die Stadt das Thema Ridesharing nicht den Übers der Welt überlassen. Hier

kommt es für Pop auch auf die Weiterentwicklung der BVG an.

Zu guter Letzt kam sie auf ein Thema zu sprechen, das alle Berliner_innen umtreiben dürfte: die Verwaltung. Neben dem traditionellen Zuständigkeitsgerangel und den Abstimmungsschwierigkeiten zwischen dem Senat und den Bezirken leide die Stadt auch an sehr langen Einstellungsverfahren und unattraktiven Arbeitsbedingungen. Viele gute Fachkräfte bevorzugten momentan den Weg in die Wirtschaft, auch wegen der vergleichsweise besseren Bezahlung. Dazu käme, dass Ausbildung und Einstellung immer noch in zwei verschiedenen Ressorts angesiedelt seien – für Pop kein haltbarer Zustand. Natürlich sei dies auch eine Frage der Arbeitsstrukturen. Hier bedürfe es dringend einer Modernisierung. Für die Bürger_innen sei etwa der elektronische Zugang zu Dienstleistungen ein wesentliches Ziel. Basis dafür sei selbstverständlich auch die Vereinheitlichung der Bezirksstrukturen. Wie und bis wann die Senatsverwaltung modernisiert werde, ließ Ramona Pop offen, ließ aber keinen Zweifel daran, dass dies ein dringendes Ziel des derzeitigen Senats sei. Abschließend sprach sie von „grundsätzlich guten Zeiten für Berlin“. Der Senat wolle „da jetzt noch eine ganze Schippe drauflegen“. Es bleibt den Berliner_innen und ihren Unternehmen zu wünschen, dass die vielen Herausforderungen bald angegangen werden.



► Ramona Pop



Universitäten und Gesellschaft im Dialog

Beim Wirtschaftsfrühstück für Frauen am 28. November 2017 in Berlin ging es um starke Universitäten – gesellschaftlich relevant, international bedeutsam und fortschrittlich bei der Weiterentwicklung von Wissenschaft und Lehre.

Managerkreis Berlin-Brandenburg

Sabine Kunst, Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin, war gekommen um darzulegen, warum die HU ein Prototyp der modernen Universität war und auch heute wieder ist. Nicht nur ist sie in vielen Bereichen exzellent aufgestellt, sie hat mit den verschiedenen Campi inklusive Adlershof auch starke Forschungseinrichtungen vorzuweisen. Dazu, so Kunst, nehme die Hochschule immer stärker ihren gesellschaftlichen Auftrag als Übersetzer von Wissen wahr. Universitäten stehen für die HU-Präsidentin in der Pflicht, verstärkt in den Dialog mit der Gesellschaft zu treten und ihren Bildungsauftrag nicht nur auf die eigenen Mitglieder zu beziehen. Angesichts zunehmender postfaktischer Tendenzen in Gesellschaft, Politik und Medien sollten nicht nur die Fakten beziehungsweise wissenschaftlichen Erkenntnisse selbst, sondern auch die Erkenntnismethodik – also die Frage, wie wir zu den Fakten gelangen – Inhalt des Dialoges sein.

Die Universitäten sind aufgefordert, den Wissenstransfer für alle Teile der Gesellschaft zu leisten, das Interesse für Wissenschaft zu fördern und zugleich für die eigenen Rationalitätskriterien zu werben. Ausdruck dieses Engagements ist etwa das geplante Humboldt Forum mit dem Humboldt-Labor. Hier wird Wissenschaft auf eine neue Art und Weise präsentiert und der Bevölkerung nahegebracht. Dabei soll es laut Kunst keine Einbahnstraße sein. Über den Diskurs mit den Besucher_innen und innerhalb neuer Foren der Auseinandersetzung sollen letztlich auch Fragen an die Hochschule gerichtet werden können. Universitäten müssen von sich aus dazu beitragen, als integraler Bestandteil der ganzen Gesellschaft verstanden zu werden, so Sabine Kunst. Es sei ihre Pflicht, den „Bogen zur Wissensentstehung im Heute“ zu schlagen. Dafür seien freilich auch die so genannten „public intellectuals“ nötig, die als medienwirksame Gesichter der Wissenschaft für die

Bedeutung und die Arbeit der Hochschulen werben. Nur mit deren Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge verständlich zu reduzieren, seien sie in der Lage, Boten der akademischen Forschung zu sein. Aber die gesellschaftliche Zielsetzung der Universität gehe noch darüber hinaus, so Kunst. Die HU praktiziere bereits Kooperationen mit Kindern und Jugendlichen. Auch zur Ausstellungsszene habe es bereits vielversprechende Kontakte gegeben. Das im Entstehen begriffene Humboldt Forum im Herzen der Stadt wird überdies kostenfrei und damit sehr bürgerfreundlich sein.

In der Diskussion konzentrierten sich die Teilnehmerinnen auf Fragen zur Digitalisierung der Hochschulbildung und den Aspekt des „Open Access“, also freies Wissen, für jeden jederzeit verfügbar. Für die Präsidentin wird es in nicht allzu ferner

Zukunft beides geben (müssen): freien Zugang bei gleichzeitigem Schutz des geistigen Eigentums. Die Qualität der universitären Forschung dürfe nicht leiden. Die Digitalisierung lasse sich auch in diesem Bereich nicht aufhalten. Die Humboldt-Universität sei hier auf einem guten Weg, nichtsdestotrotz habe man in Sachen Digitalisierung weiterhin Aufholbedarf, räumte Kunst ein. Die Hoffnung vieler ruhe nicht zuletzt auf dem Deutschen Internet Institut und den einzurichtenden Digitalprofessuren. Abschließend wurde diskutiert, ob es für eine Traditionshochschule von Rang wie die HU nicht nötig sein wird, sich als Marke zu etablieren, um sich besser – auch global – zu vermarkten. Dass die Humboldt-Universität zu Berlin das Potenzial zu einer weltweiten Marke habe, darin waren sich die Teilnehmerinnen einig.

Finanzbranche und Bitcoin

Der technische Fortschritt durch die Digitalisierung und damit auch der Wandel von Arbeitswelt und gesellschaftlichem Zusammenleben sind eine Herausforderung für alle Wirtschaftsbereiche. Langfristig wird auch die Finanzdienstleistungsindustrie vollständig digitalisiert sein, eine Konvergenz mit anderen Industrien stattfinden.

Managerkreis AG Finanzen

Kritischer Erfolgsfaktor für die Gestaltung des Wandels ist der „Digital Mind-Set“ der Führungskräfte und Mitarbeiter_innen. Wer mit den immer schnelleren Entwicklungen nicht mithält, verliert sein Geschäftsmodell. Wie verändern FinTech-Unternehmen die Finanzwelt? Werden virtuelle Währungen wie Bitcoin zu Disruption auf dem Finanzmarkt führen? Wird die Blockchain die Art und Weise, wie wir Finanzgeschäfte betreiben, nachhaltig verändern? Werden Finanzdienstleister zu digitalen Plattformen oder Plattform-Zulieferern?

Der Managerkreis Berlin-Brandenburg lud am 28. November 2017 in die Spielfeld Digital Hub GmbH in Kreuzberg ein, um über diese Themen zu diskutieren. Das gemeinsame Unternehmen von Roland Berger und Visa ist ein Ort, an dem neue Konzepte und Ideen für die Digitalisierung im Finanzbereich entwickelt werden. Nach einem Rundgang durch die verschiedenen Räumlichkeiten im Spielfeld und einer sachkundigen Einführung in dessen Konzept durch den Geschäftsführer Tobias Rappers, begann die Veranstaltung mit einem Impuls

► Zimmermann, Ohlsen-Mangold, Eirciner, Steger



zu den grundsätzlichen Rahmenbedingungen für FinTecs von Sebastian Steger, Partner bei Roland Berger.

In der folgenden Diskussion, die von Anna Ohlsen-Mangold, Senior Project Manager im Spielfeld, fachkundig moderiert wurde, traten insbesondere die unterschiedlichen Perspektiven und Erwartungen der FinTech-Szene einerseits, vertreten durch Matthias Eireiner, dem Gründer und CEO von FinReach und der Legislative andererseits, vertreten durch den Bundestagsabgeordneten Jens Zimmermann, die versucht, die neuen Entwicklungen möglichst zeitnah in ein sinnvolles Regelwerk zu fassen, hervor. In der lebhaften Runde ging es immer wieder um die Frage, ob man die neuen, dynamisch-kreativen

Start-Ups lieber erst einmal experimentieren lassen soll, oder ob es nicht wichtiger wäre, seitens Gesellschaft und Politik von Anfang an eine wertebasierte Vision und Rahmensetzung zu entwickeln, innerhalb derer dann die neuen Unternehmen agieren. Gerade das Beispiel der derzeit auch in den Medien laufenden Kontroverse um die Krypto-Währung Bitcoin zeigt die Spannbreite der oft sehr emotional geführten Argumente.

Kurzvideo: http://www.managerkreis.de/mediathek/?tx_site_listresources%5Bcategory%5D=9&tx_site_listresources%5Bcontroller%5D=Resource&cHash=79553dfe00ed87c5ad38dde60877482

► Rundgang mit Tobias Rappers



Digitale Wachstumspotenziale im Industrierevier

Die Digitalisierung spielt für die Zukunft des Wirtschafts- und Industrielandes Nordrhein-Westfalen eine entscheidende Rolle.

Managerkreis Young Leaders

In vielen Branchen, Unternehmen und Geschäftszweigen hat der digitale Wandel längst Einzug gehalten, schafft innovative Produkte und bestimmt neue Geschäftsmodelle. Forschungsinstitute prognostizieren für NRW einen erheblichen Zuwachs an Wertschöpfung, wenn es gelingt, die Potenziale der Digitalisierung zu erkennen, frühzeitig zu fördern und zu nutzen.

Welche Rolle kommt innovativen Gründer_innen bei der digitalen Transformation in NRW zu? Wo liegen die digitalen Wachstumspotenziale im Land? Und welche Rahmen- und Standortbedingungen bedarf es, um diese nachhaltig zu nutzen?

Darüber diskutierten die *Managerkreis Young Leaders* am 22. November 2017 in Düsseldorf mit dem medienpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Mitglied im Ausschuss für Digitalisierung und Innovation Alexander Vogt. Die Veranstaltung bildet den Auftakt einer Reihe, mit der die Regionalgruppe NRW des Managerkreises versucht, junge Unternehmen und Nachwuchskräfte miteinander zu vernetzen und zum Austausch über neue Ideen und Visionen sowie innovative Geschäftsmodelle anzuregen.

Publikationen des Managerkreises

US-Großbanken nach der Finanzkrise: Erfolg von gutem Management oder Ergebnis von Politik?

Von Harald Noack und Dirk Cupei
Friedrich-Ebert-Stiftung, 2017
ISBN 978-3-95861-950-0

Ein Jahrzehnt nach Ausbruch der Finanzkrise ist am US-amerikanischen Finanzmarkt offenbar Normalität eingeleitet. Die Großbanken dort verdienen wieder Geld. Die bedeutenderen Geldhäuser in Europa dagegen scheinen die Krise weniger erfolgreich bewältigt zu haben. Eine schwächere Ertragslage, die Suche nach einem nachhaltigen Geschäftsmodell und vergleichsweise hohe Anteile an notleidenden Krediten belasten immer noch Banken in mehreren europäischen Ländern. Die unterschiedliche Entwicklung analysieren die Autoren in dem vorliegenden Papier.



<http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/13891.pdf>

Mitteldeutschland im Fokus. Wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Von Helmut Herdt, Uwe Hitschfeld, Lars Schirmer, Kay Senius
und Holger Tschense
Friedrich-Ebert-Stiftung, September 2017
ISBN 978-3-95861-956-2

Die vorliegende Publikation setzt sich mit ausgewählten wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern der nächsten Jahre aus spezifisch mitteldeutscher Perspektive auseinander. Sie formuliert Erwartungen an die Bundes- und Landespolitik und macht mit klar umrissenen wirtschaftspolitischen Impulsen deutlich, welche enorme Bedeutung ordnungs- und wirtschaftspolitisches Handeln für die Zukunft Mitteldeutschlands besitzt.



<http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/13745.pdf>

Gerne senden wir Ihnen auch ein gedrucktes Exemplar.
Bestellungen bitte an managerkreis@fes.de



MANAGERKREIS
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Liebe Mitglieder des Managerkreises,
sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Weihnachtsgrüße verbinden wir mit unserem Dank
für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung des Managerkreises.

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir auch 2018 wieder Impulse
für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzen.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit Ihnen.
Informationen zu unseren Veranstaltungen 2018 finden Sie hier:
<http://www.managerkreis.de/veranstaltungen/aktuell/>

Das Team des Managerkreises wünscht Ihnen
schöne Feiertage und ein erfolgreiches neues Jahr.

Mit besten Grüßen

*Marc Meinardus,
Sina Dürrenfeldt, Dagmar Merk und Martin Röw*

sowie allen Kolleginnen und Kollegen
in den Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung,
die uns bei den Aktivitäten der Regionalkreise unterstützen.

Terminvorschau

► **14.12.2017** Hamburg

Die Zukunft Europas – Deutschland in der Verantwortung mit Peer Seinbrück, Minister a. D.; Marcel Fratzscher, Präsident DIW

► **23.01.2018** Stuttgart

Perspektiven sozialdemokratischer Politik in Baden-Württemberg mit Leini Breymaier, SPD-Landesvorsitzende

► **02.02.2018** Chemnitz

Businesslunch für Frauen mit Christiane Jansen, Geschäftsführerin WestLotto GmbH

► **08.02.2018** Stuttgart

Businesslunch für Frauen mit Birgit Schneider-Bönninger, Leiterin des Stuttgarter Kulturamtes

► **13.02.2018** Berlin

Moderne Stadt, moderne Verwaltung Mit Franziska Giffey, Bezirksbürgermeisterin Neukölln; Sabine Smen-tek, Staatssekretärin für Informations- und Kommunikationstechnologie; Lena Sophie Müller, D21

► **14.02.2018** Frankfurt

Wirtschaftsperspektiven 2018 mit Gertrud Traud, Chefsvolkswirtin der HELABA

Weitere Termine für 2018 in Vorbereitung

www.managerkreis.de

Weitere Termine in Vorbereitung

Stand: Dezember 2017

Diese Aufstellung enthält Veranstaltungen, deren Termine bereits feststehen.
Zu jeder Veranstaltung werden rechtzeitig persönliche Einladungen per E-Mail versandt.
Wenn sich Ihre Kontaktdaten ändern, informieren Sie uns bitte: managerkreis@fes.de
Zu den Hintergrundgesprächen werden nur Mitglieder des Managerkreises eingeladen.

www.managerkreis.de